

Notwendigkeit von Anti-NATO-Camps betont

Heute Gespräch zwischen Gipfelgegnern und Regierungspräsidium Karlsruhe

Vertreter der NATO-Gegner haben in einem Gespräch mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe die Notwendigkeit von Protestcamps betont. Gleichzeitig wurde seitens der Gegner kritisiert, dass es zu wenig Informationen über Sperrzonen gebe. So sei bislang nicht klar, wo etwa Teile der Stadt Kehl gesperrt würden. Sollte die Europa-Brücke unzugänglich sein, werde man vor Gericht ziehen, hieß es. Ob die Versammlung der rund 10.000 Gipfel-Gegner in der von den Organisatoren gewünschten Form stattfinden kann, ist nach Angaben des Regierungspräsidiums noch offen. Ein weiteres Treffen zu der Kehler Versammlung sei am 2. März geplant.